

Medienmitteilung vom 6. Juli 2007

**Neue NFA-Zahlen: Volksvorschlag ist nötiger denn je
Das Prinzip Hoffnung darf in der Finanzpolitik nicht Einzug halten**

Die Grünen Kanton Bern nehmen mit Sorge und Verärgerung von den definitiven NFA-Zahlen Kenntnis. Der Volksvorschlag Steuersenkung mit Augenmass ist nun nötiger denn je. Er bietet eine verantwortungsvolle Alternative zur Grossratsvorlage.

Die Grünen haben frühzeitig gefordert, dass die Mittel aus der Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung (NFA) nicht verteilt werden, bevor Klarheit über das Ausmass der Entlastung besteht. In der Vernehmlassung zur Steuergesetzrevision hielten die Grünen fest: «Es ist heute noch nicht genau absehbar, wie und mit welchen Kosten sich diese neue Aufgabenteilung etablieren wird. Wir erachten es deshalb als verfrüht, gleich sämtliche dem Kanton zufließenden Mittel aus der NFA für Steuersenkungen zu verwenden.»

Leider hat der Grosse Rat das Vorsichtsprinzip nicht beachtet und das Fell zu einem Zeitpunkt verteilt, wo der Bär noch gar nicht erlegt war. Daher stellt die um 76 Mio. Franken geringere Entlastung aus der NFA nun einen erheblichen Rückschlag für die Finanzpolitik dar. Der nicht finanzierte Anteil der Steuergesetzrevision steigt – gemäss Zahlen des Kantons – von 36 auf 64 Mio. Franken an. Der Volksvorschlag Steuersenkung mit Augenmass wird damit endgültig zur verantwortungsvollen Alternative, welche eine fokussierte Steuersenkung für Familien und Mittelstand ermöglicht, aber gleichzeitig keinen unverantwortlichen Sanierungsbedarf auslöst.

Verärgert sind die Grünen über die Finanzdirektion. Noch vor der zweiten Lesung der Steuergesetzrevision im März 2007 hatte diese gegenüber grossrätlichen Kommissionen prognostiziert, dass bei der NFA «Verbesserungen zwischen CHF 80 bis CHF 90 Millionen» zu erwarten seien. Dass nun stattdessen eine Verschlechterung um 76 Mio. Franken resultiert, ist mehr als befremdlich, zumal die zu optimistischen Zahlen den verantwortungslosen Steuerrabatt fürs 2008 begünstigt haben. Es wäre für den Kanton Bern fatal, wenn ein solches intransparentes «Prinzip Hoffnung» zum steuer- und finanzpolitischen Ratgeber würde.

Für weitere Auskünfte:

Blaise Kropf, Co-Präsident Grüne Kanton Bern, 079 263 47 68